

Editorial
SVP Schweiz

2
3

Kantonale Abstimmung
Kanton Luzern

8
13

«Auf ein Bier, mit Dir»
Herausgepickt

14
15



Infos über die
SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch

Rücktritt der
Gladiatoren
3



Eidgenössische
Abstimmung
5



Kantonale
Abstimmung
8





EDITORIAL

Liebe Luzernerinnen, Liebe Luzerner

Eine neue Grossauflage des SVP Kurier, der in alle Haushaltungen des Kantons Luzern versendet wird, liegt vor Ihnen. Dies gibt uns die Möglichkeit, Sie direkt und ungefiltert über unsere Politik und Themen informieren zu können.

Nach den grossen Wahlerfolgen unserer Partei vom vergangenen Jahr, gilt es nun den vom Volk erhaltenen Wählerauftrag in konkrete Taten umzusetzen. Und genau dies ist es was wir tun. So setzen wir uns beispielsweise konsequent dafür ein, dass die vom Volk am 28. November 2010 angenommene Volksinitiative zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern endlich in Taten umgesetzt wird! Damals wurde der direkte Gegenentwurf der Regierung, in welchem eine Härtefallregelung enthalten war, von Volk und den Ständen klar verworfen. Die Umsetzung dieses Volksauftrags wurde aber bis heute nicht umgesetzt. Im Gegenteil, der angestrebte Gesetzesentwurf der Regierung enthält explizit Punkte, die im Gegenentwurf vorgeschlagen und vom Volk klar abgelehnt wurden. Deshalb sah sich die SVP gezwungen im Rahmen einer Durchsetzungsinitiative direkt den Gesetzestext vorzugeben, so wie er in der ursprünglichen Initiative angedacht war. Damit erfolgt die Umsetzung der Initiative, so wie es das Volk im 2010 bereits angenommen hatte.

Sie stimmen am 28. Februar 2016 darüber ab, ob die bereits angenommene Initiative zur Ausschaffung von kriminellen Ausländern vom 2010 endlich in Taten umgesetzt wird. Legen Sie deshalb ein deutliches JA ein.

Genauso wichtig ist die Abstimmung über unsere kantonale Initiative für eine bürgernahe Asylpolitik. Vor rund fünf Jahren haben wir diese Initiative lanciert. Als diese wichtige Initiative im Luzerner Parlament behandelt wurde, hat man unserer Partei vorgeworfen, dass wir ein Problem «bewirtschaften» würden, welches gar keines sei. Unlängst haben uns aber die Realitäten eingeholt. Millionen von Menschen, die ein besseres Leben suchen, sind auf dem Weg nach Europa. Auch die Schweiz ist davon betroffen. Rund 40'000 Asylgesuche waren es im 2015. Unsere humanitäre Tradition, dass wir Menschen, welche an Leib und Leben bedroht sind unterstützen wollen, wird dabei gefährdet, weil unlängst auch Personen, die ein besseres Leben suchen Aufenthalt geboten wird. Unter den enormen Lasten dieser unkontrollierten Zuwanderung leiden nicht zuletzt auch unsere Gemeinden. Auch die Luzerner Regierung hat deshalb unlängst im berühmten «Schreiben nach Bern» die Ernsthaftigkeit der Lage erkannt und klare Forderungen gestellt, dass beispielsweise Dienstverweigerung kein Grund mehr für Asyl sein darf.

Unsere Initiative für eine bürgernahe Asylpolitik will im Wesentlichen folgendes:

1. Massive finanzielle Entlastung der Gemeinden von den erdrückenden Asyl Folgekosten
2. Gemeinden können renitente und delinquente Asylbewerber an den Kanton abweisen, zur Unterbringung in speziell gesicherten Zentren
3. Keine Unterbringung von Asylsuchenden am Volk und den Gemeinden vorbei! Stärkung der demokratischen Rechte!
4. Klare Verantwortlichkeiten innerhalb der kantonalen Verwaltung

Die überaus grosse und positive Resonanz aus der Bevölkerung zu dieser Vorlage zeigt, dass hier der Schuh besonders stark drückt. Gehen Sie unbedingt an die Urne und legen Sie ein beherztes JA bei dieser wichtigen Abstimmung ein. Dafür danken wir Ihnen.

Im kommenden Jahr stehen zudem Exekutivwahlen in den Luzerner Gemeinden und Gemeindeparlamenten. Die SVP hat das klare Ziel, auch bei den Exekutivämtern weitere Wähleranteile zu gewinnen. Es ist wichtig, dass unser Gedankengut auch in den Exekutiven adäquat vertreten ist. In der nächsten Ausgabe unseres SVP Kuriers werden wir Ihnen unsere Gemeinderatskandidaten deshalb im Detail vorstellen.

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches 2016.

Nationalrat Franz Grüter, Präsident SVP Kanton Luzern

Aus der Redaktion

Geschätzte Leserinnen und Leser

Wegweisende Vorlagen für unser Land stehen am 28. Februar 2016 zur Abstimmung an. Die Durchsetzungs-Initiative zur Ausschaffung kriminellen Ausländer ist nach den zahlreichen sexuellen und räuberischen Übergriffe in Köln, Hamburg, Schweden und Zürich notwendiger denn je. Sie ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit und die Berechtigung, dass Abstimmungen noch an die Urne kommen. Entscheidungen vom Volk müssen in Bern ernst genommen und umgesetzt werden. Dies schuldet der Bundesrat dem Volk für die Sicherheit und einer funktionierenden Demokratie. Die zweite Gotthardröhre muss zu Gunsten von unserer Sicherheit und zuliebe unserer Sonnenstube angenommen werden. Die Initiative gegen die Heiratsstrafe ist nach 30-jähriger Diskussion überfällig. 80'000 Ehepaare sind von der Heiratsstrafe

steuertechnisch betroffen. Pensionierte Ehepaare müssten sich scheiden lassen, um die gleiche AHV-Rente zu erhalten, wie ein unverheiratetes Paar. Entscheidend ist die kantonale Initiative «für eine bürgernahe Asylpolitik». Die SVP steht einmal mehr alleine da, wenn es um geforderte Demokratie und Sicherheit für den Bürger geht. Der Kanton kann ohne Absprache mit den Gemeinden Flüchtlingsplätze platzieren.

Erfreulicherweise dürfen wir in dieser Ausgabe zwei Ortsparteien vorstellen. Herzliche Gratulation an die Gemeinden Aesch und Zell. Die Redaktion freut sich über Ihr Interesse am SVP Kurier.

Roland Staub,
Redaktion
SVP- Kurier



SVP Luzern TV

das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern

Seit Mai 2013 1 x pro Monat!

Ungefiltert und direkt!

Der neue Moderator des SVP Luzern TV Roland Staub im Gespräch mit dem SVP Kantonalpräsident und Nationalrat Franz Grüter.

Die Themen:

Erste Session im Nationalrat – Was bedeuten der Rücktritt von Toni Brunner und Christoph Blocher aus der Parteileitung und – die Annahme der Durchsetzungs-Initiative und der Initiative für eine bürgernahe Asylpolitik sind dringender denn je?»

In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen!



youtube.com / svpkantonluzern

Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich

Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau / www.ernimedien.ch

Druck: LZ Print, Neue Luzerner Zeitung AG

Auflage: 192'000 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:

Roland Staub, Andromeda, 6123 Geiss, Tel. 076 559 80 81, kurier@svp-lu.ch

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat (sekretariat@svp-lu.ch, Tel. 041 250 67 67). Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!

AUS DER SCHWEIZERISCHEN SVP



Toni Brunner tritt als SVP Präsident zurück – Albert Rösti als Nachfolger vorgeschlagen

Toni Brunner hat zum Abschluss der jährlichen Kadertagung in Horn die anwesenden Mandats- und Funktionsträger der SVP Schweiz orientiert, dass er das Parteipräsidium auf Ende der ordentlichen Amtszeit am 23. April 2016 niederlegen wird. Die Parteileitung schlägt den zuständigen Organen Nationalrat Albert Rösti zur Wahl als neuer Parteipräsident vor. Eine Arbeitsgruppe der Parteileitung wird der Delegiertenversammlung zudem einen Vorschlag für die Zu-

sammensetzung der Parteileitung in der kommenden Amtszeit unterbreiten.

Nationalrat Toni Brunner ist seit 2008 Präsident der SVP Schweiz. Zwischen 2000 und 2008 amtierte er als Vizepräsident. Nach acht Jahren an der Spitze der wählerstärksten Partei der Schweiz möchte er sich in Zukunft wieder vermehrt auf die politische Arbeit als Nationalrat sowie seinen eigenen Landwirtschaftsbetrieb konzentrieren.

Persönliche Worte von Toni Brunner an die Luzerner Bevölkerung

Ende April trete ich als Präsident der SVP Schweiz zurück. Damit endet eine tolle Zeit, in der ich unser Land in seiner ganzen Vielfalt kennenlernen durfte. Mein Amt führte mich auch öfters in den Kanton Luzern, der in meiner persönlichen Beliebtheitskala ganz oben steht. Die Besuche waren immer speziell. Unvergessliche Stunden, ob bei Seppi und Ruth Kunz in Grosswangen, ob als Götti an den vielen Sektionsgründungen, ob bei einem spontanen Besuch bei Dani Hüsler im Sportrock in Willisau oder die urchigen Anlässe im Entlebuch. Gesellig war's, aber oft auch sehr politisch. So stimmen wir Ende Februar über die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer ab. Im Jahr 2010 hat das Volk eine entsprechende Initiative angenommen. Wer bei uns in der Schweiz Gast ist, der hat sich als solcher zu benehmen. Wer straffällig wird, hat hier nichts verloren und muss in sein Herkunftsland zurückkehren. Ob Mord oder Totschlag, Vergewal-

tigung, Einbruch und Diebstahl oder ganz einfach Sozialbetrug, solche ausländische Kriminelle gefährden die Sicherheit der Bevölkerung und gehören des Landes verwiesen.

Statt den Volkswillen zügig umzusetzen, wurde die Vorlage von SP-Justizministerin Sommaruga lange Zeit verschleppt und letztlich im Parlament mit der sogenannten Härtefallklausel unterlaufen. Nach dem Willen der anderen Parteien soll der Richter im Einzelfall urteilen können, ob ein krimineller Ausländer wirklich ausgeschafft werden soll. Genau das aber hat das Volk mit dem Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative bereits 2010 abgelehnt.

Bitte stimmen Sie **«JA zur Ausschaffung krimineller Ausländer»** genau gleich wie beim **Gotthardtunnel**, wir **brauchen eine zweite Röhre**, nur schon aus Sicherheitsgründen ist sie unerlässlich.

Mit herzlichen Grüssen
Toni Brunner



Auch Christoph Blocher tritt als Vize zurück – neu politisiere er auf höchster Ebene

Neben Toni Brunner kündigt auch SVP-Übervater Christoph Blocher seinen Rücktritt aus der Parteileitung an. Er politisiere nun auf oberster Ebene und zwar auf der Höhe der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Im Zeitalter von Recycling gehöre er gerne zum alten Eisen. Kündigt Christoph Blocher mit dieser Aussage bereits eine Neugeburt an?

Es ist das Ende einer Ära. Blocher gibt nach über 40 Jahren sein

letztes politisches Amt auf. 1974, im Geburtsjahr von Toni Brunner, wurde er Gemeinderat in Meilen ZH. Ein Jahr später Zürcher Kantonsrat. Von 1979 bis zur Wahl in den Bundesrat vertrat er seine Partei im Parlament. Nach der Abwahl folgte postwendend der Eintritt als Vizepräsident in die nationale Parteileitung – mit Toni Brunner als Präsident. Gemeinsam tritt das Erfolgsduo nun ab.

Mit ihrem Doppelmücktritt läuten die beiden einen politischen Generationenwechsel in der SVP ein. «Die Partei braucht künftig Vizepräsidenten, die richtig chrampfen und Dossiers übernehmen» meint Blocher bescheiden. Die Luzerner Parteileitung und der SVP Kurier bedankt sich bei den beiden grossen Kämpfer und hoffen, dass sie beide der SVP noch lange zur Verfügung stehen.



Der zweite SVP Bundesrat kommt aus der Suisse Romandie

Der neue Bundesrat heisst Guy Parmelin, 09. November 1956, wohnhaft in Bursins. Guy Parmelin ist Weinbauer und wird seit 2003 als ruhiger besonnener Schaffer im Nationalrat geschätzt. Die Konkordanz in der Regierung ist wieder hergestellt und mit Guy Parmelin hat die SVP erstmals in der Parteigeschichte einen Bundesrat aus der Suisse Romandie. Dies bedeutet für die Partei einen wichtigen Meilenstein, um in Zukunft in der französischen Schweiz ebenfalls wachsen zu können.

Neuwahlen sämtlicher Organe – Prüfung struktureller Anpassungen

Die Organe der SVP Schweiz werden anlässlich der Delegiertenversammlung vom 23. April 2016 in Langenthal/BE im ordentlichen, zweijährigen Turnus neu bestellt. Die SVP ist in den letzten 25 Jahren von einer Kleinpartei mit einem Wähleran-

teil von 11,9% zur wählerstärksten Partei mit 29,4% Wähleranteil gewachsen. Die Strukturen sind indes weitgehend unverändert geblieben. Um der zusätzlichen Verantwortung für das Land und den gestiegenen Anforderungen als Folge der eidgenössischen Wahlen 2015

Rechnung zu tragen, hat die Parteileitung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche einerseits der Delegiertenversammlung einen Antrag für die Zusammensetzung der Parteileitung für die nächste zweijährige Amtsperiode stellen soll und andererseits allfällige strukturelle

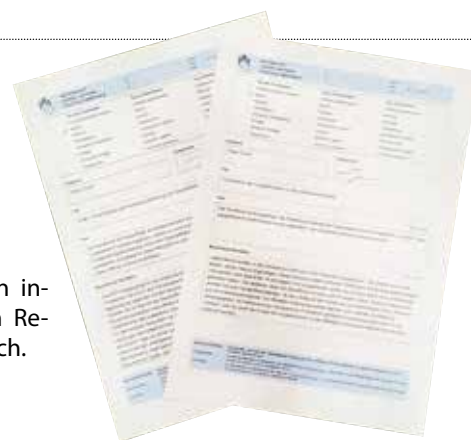
Anpassungen prüft. Dieser Arbeitsgruppe unter Leitung Parteipräsident Toni Brunner gehören Fraktionspräsident Adrian Amstutz, der Wahlleiter und designierte Parteipräsident Albert Röstli sowie Generalsekretär Martin Baltisser an.

Nationalrat Franz Grüter platziert zwei Vorstösse im Parlament

Nationalrat Franz Grüter hat sich in seiner ersten Session als Nationalrat an das ungeschriebene Gesetz gehalten und sich vor dem Parlament nicht zu Wort gemeldet. Mit der Motion steuerliche Belastung für Geschäftsfahrzeuginhaber und der Motion Aufnehmen von Ausgesteuerte in die

Arbeitslosigkeitsstatistik hat er sich aber trotzdem in das Geschehen von Bern eingebracht. Gerade die zweite Motion trägt einer wichtigen Transparenz in unserem Land bei. Weitere Höhepunkte und Niederlagen aus der Wintersession erklärten die beiden Nationalräte Felix Müri

und Franz Grüter vielen interessierten Zuhörer im Restaurant Vogelsang in Eich.



«Mein neuer Sessel wurde von Vorgänger Toni Bortoluzzi sehr gut eingesessen!»

Zitat von Felix Müri

Highspeed



Schneller gehts immer!
Highspeed Internet für jeden.



Unser Top-Angebot: **greenInternet Comfort** bis zu **100/10 Mbit/s**

Alles, was Sie brauchen: greenInternet Comfort

- ✓ Schnell im Internet surfen
- ✓ Gratis Telefonnummer
- ✓ Gratis-WLAN-Modem
- ✓ 5 Kostenlose Email-Adressen

Mehr Speed unter: **www.green.ch/internet**



0844 842 842

Hotline Montag – Freitag, 8–17 Uhr



green.ch
Internet made in Switzerland

ZUR DURCHSETZUNGS-INITIATIVE



«Verständnis für kriminelle Ausländer fördert Straftaten und Wiederholungstäter in unserem Land.» Redaktion SVP Kurier

**Abstimmung
am
28. Februar**

Die Durchsetzungs-Initiative muss wohl nicht mehr im Einzelnen erklärt werden. Viele Wahrheiten aber vor allem Unwahrheiten werden in den herkömmlichen und sozialen Medien verbreitet. Der SVP Kurier bringt es kurz und bündig auf den Punkt.

Im Jahr 2010 hat die Mehrheit des Volks der Ausschaffungs-Initiative zugestimmt und den Gegenvorschlag vom Bunderat und dem Parlament abgelehnt. Die Umsetzung dieser Initiative ist von der Landesregierung jedoch gemäss dem abgelehnten Gegenvorschlag erfolgt. Dies ist nicht im Sinne des Volkes und nicht im Sinne der SVP.

Gemäss Initiative müssen Ausländer, die gerichtlich wegen bestimmten Delikte verurteilt wurden zwingend unser Land verlassen. Dies gilt für Delikte wie vorsätzliche Tötung, Mord, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung, Raub, Einbruch, Menschenhandel, Geiselnahme und schwere Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Zudem sollen Personen ausgewiesen werden, welche bereits vorbestraft sind und wegen einer der folgenden Straftaten verurteilt werden: einfache Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Brandstiftung, Freiheitsberaubung und Entführung.

Die Kuscheljustiz fördert durch nicht Einhalten einer konsequenten Ausschaffung die Wiederholungstaten. Der Eidgenossenschaft ist es nicht bewusst, dass Ausländer zu kriminellen Machenschaften gedrängt werden. Demzufolge muss sich der Straftäter bewusst sein, dass er bei solchen geplanten Taten ausgeschafft wird. Dies ist die einzig richtige Botschaft gegenüber diesen Verbrechen. Bundesrätin Sommaruga spricht von «diese Initiative schadet unserem Land»

Der SVP Kurier antwortet darauf «Härtefallklauseln, Kuscheljustiz und Verständnis für kriminelle Ausländer fördern Straftaten und Wiederholungstäter in unserem Land».

Sexuelle Attacke – eine Bagatelle?

Erstaunlich und erschreckend zugleich sind die Aussagen der Gegner dieser Initiative. So deklarieren sie sexuelle Übergriffe als Bagatelle. Betroffene Frauen leiden nach solchen Attacken. Angst, Vertrauenslosigkeit und meist jahrelange psychologische Behandlungen begleiten ihr Leben danach. Hier über eine Bagatelle zu sprechen um eine Ausschaffung zu verhindern ist masslos und unmenschlich den Opfern gegenüber.

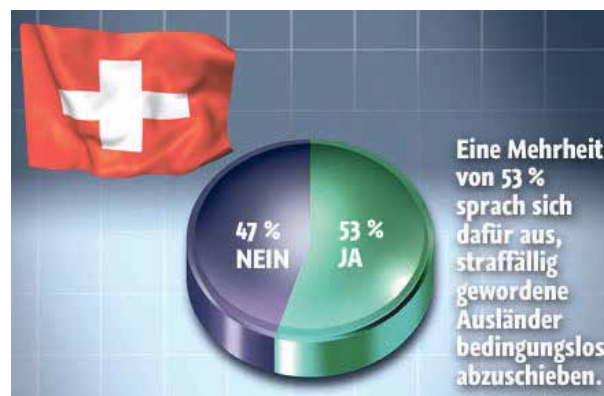
Laut SVP-Nationalrat Gregor Rutz verletzt die Durchsetzungsinitiative die Gewaltenteilung in keiner Weise – Im Gegenteil. «Der Chef in unserem Land ist die Bevölkerung – und nicht das

Parlament oder der Bundesrat. Das hat sich so bewährt und ist auch gut so.» Er sei froh, dass das Volk diese Chefrolle auch immer wieder wahrnehme.

Dieser Volkswille sei bei der Umsetzung, der vor fünf Jahren angenommenen Ausschaffungsinitiative in einem zentralen Punkt missachtet worden, kritisiert Rutz. Zentrale Idee der Ausschaffungsinitiative war, eine einheitliche Behördenpraxis zu errichten und die Praxis zu verschärfen. Das Parlament aber wolle den Gerichten bei der Ausschaffung von straffällig gewordenen Ausländern nach wie vor einen grossen Spielraum lassen: «Die Härtefallklausel erlaubt dem Richter in jedem Fall, Ausnahmen zu machen und von einer Landesverweisung abzusehen.» Damit sei der Kernauftrag der Ausschaffungsinitiative, ihr wesentlicher Punkt, nicht erfüllt: «Und das ist nicht im Sinne der Bevölkerung, die damals die Initiative angenommen hat.»

«Wir wollen keine kriminellen Ausländer in der Schweiz. Ich sehe nicht ein, warum wir solchen Leuten Obhut gebieten sollten.»

Gregor Rutz





Gregor Rutz weiter zum Vorwurf, dass die Durchsetzungsinitiative den Deliktskatalog verschärfe:

«Leider haben viele Kritiker der Durchsetzungsinitiative schlicht den Initiativtext nicht gelesen. Ebenso werden Behauptungen aus dem Justizdepartement einfach unkritisch übernommen. Die Ausführungen des EJPD zur Durchsetzungsinitiative sind auf weiten Strecken übertrieben.

Einige wenige Beispiele sind:

1. Ein Kiffer wird nicht ausgewiesen – das ist Unsinn. Cannabiskonsum führt seit dem 1. Oktober 2013 nicht mehr zu einem ordentlichen Strafverfahren, sondern wird im Ordnungsbussenverfahren erledigt. Es kommt also zu keiner Verurteilung (und damit auch nicht zu einer Landesverweisung).
2. Auch die Beispiele angeblicher «Bagatelldelikte» wie z.B. der Diebstahl eines Apfels machen die Runde. Diese Geschichten sind völlig unrealistisch. Die Durchsetzungsinitiative erfasst Hausfriedensbruch nur in Verbindung mit Diebstahl oder Sachbeschädigung. Dann jedoch ist es beileibe keine Bagatelle mehr.
3. Die Zahl von 7'700 angeblich wegen «Bagatelldelikten» ausgewiesener Personen ist Unsinn. Von 8'400 Delikten, die gemäss Statistik im Wiederholungsfall zur Ausweisung führen würden, wurden 5'100 durch Personen verübt, die über keine Aufenthaltsbewilligung verfügen, sich also sowieso nicht im Land aufhalten dürften.

Ich verstehe nicht, warum gewisse Kreise ein so grosses Interesse am Schutz krimineller ausländischer Straftäter haben? Der Wirtschaftsstandort Schweiz und auch der Wohnort Schweiz brauchen öffentliche Sicherheit und eine stabile, zuverlässige Rechtsordnung. Und genau dafür steht die Durchsetzungsinitiative!»

An Leib- und Leben bedrohte Flüchtlinge begripschen und bestehlen unsere Frauen

Silvesternacht in Köln, Hamburg und Zürich: massive sexuelle und räuberische Übergriffe von Flüchtlinge an Frauen – Die Quittung von einem unüberlegten Willkommensgruss von Angela Merkel an die Flüchtlinge? Ein Zustand, den wir in der Schweiz nicht dulden!



In Dänemark habe man gemerkt, dass man etwas dagegen tun müsse. Den Neuankömmlingen werden dort Kurse verordnet. Eine Zürcher SP-Nationalrätin: «Man muss sich keine Illusionen machen, dass Männer aus anderen Ländern, in denen sie lernen, dass Frauen minderwertig sind, dann einfach bei uns den Schalter umlegen können. Das funktioniert selbstverständlich nicht.»

So werden nun wohl Migros Klubschulen in der Schweiz Kurse anbieten; Grundkurs «man soll nicht stehlen» Fortgeschrittener Kurs «wie behandle ich eine Frau ohne sie zu vergewaltigen» Selbstverständlich alles auf Kosten der Steuerzahler. Wie die jeweiligen Diplome aussehen werden? Wir sind gespannt!

Zitat Andreas Glarner: Wir reden bei diesen Flüchtlingen von Menschen, die scheinbar an Leib und Leben bedroht sind. Würde ich einer Person bei mir zuhause Sicherheit und Geborgenheit an-

bieten, als Dank würde er meine Kinder sexuell belästigen, erniedrigen und meine Familie ausrauben? Er wäre längstens wieder draussen!

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit ihrer Willkommenskultur die Grenzen geöffnet. Nun revidiert sie das Gesetz und schafft die Straftäter bereits bei einer Bewährung aus dem Land. Für Europa ein Sinneswandel, der wohl zu spät kommt?!



PREISWERT

–

LEISTUNGSORIENTIERT

–

ZUVERLÄSSIG



- ❖ Umfassende Fütterungsberatung
- ❖ Einzel - und Mischfutter
- ❖ Mineralstoffe + Spezialitäten
- ❖ Betriebsberatungen

Agrofeed GmbH
Hinter-Augstholz 2
CH-6277 Kleinwangen

Tel. 041/711 64 32
www.agrofeed.ch
info@agrofeed.ch

Unglaubliche Geschichten – aber leider nicht erfunden

7000 Franken Sozialhilfe trotz Landesverweisen

Trotz abgewiesenem Asylantrag blieb ein Afrikaner in der Schweiz, beging Delikte, ignorierte Landesverweise und holte stattdessen seine Familie nach. Einen Job hat er bis heute nicht.

Die Geschichte des heute 51-jährigen Afrikaners beginnt in der Schweiz vor elf Jahren. Damals reiste er illegal ein. Als Heimat gab er verschiedene Länder an – unter anderem auch den Kongo. Sein Asylgesuch wurde abgewiesen. Dennoch verliess der Mann das Land nicht – im Gegenteil.

2006 folgte sein Sohn, 2008 seine angebliche Ehefrau. Ein Wiedererwägungsgesuch wies das Bundesverwaltungsgericht ab. Erneut gab es einen Landesverweis. Und erneut blieb die Familie. So ging das weiter. 2009 folgte noch ein Wiedererwägungsgesuch – erfolglos. Trotz mehrmaligen Landesverweisen blieb die Familie nicht nur in

der Schweiz wohnhaft, sie erhielt gemäss dem Bericht auch monatlich über 5000 Franken Sozialhilfe. 2011 war das nächste Wiedererwägungsgesuch fällig. Weil die Ehefrau schwanger war, gewährte das Staatssekretariat wegen «Unzumutbarkeit der Wegweisung» die vorläufige Aufnahme.

Mit Spaghetti-Topf auf Polizisten los

Die Familie des Afrikaners wuchs inzwischen auf acht Personen an, man zog in ein Eigenheim in Bonstetten ZH – und lebte weiterhin von der Sozialhilfe. Hinzu kam, dass der arbeitslose Familienvater immer wieder straffällig wurde

– es ging um Verkehrsdelikte. Als Polizisten den rückfälligen Täter 2012 abholen wollten, versteckte er sich zunächst im Schrank, bedrohte die Beamten dann mit einem Messer und schlug sie mit einem Spaghetti-Topf in die Flucht.

Als Grund für seinen Austraster gab er bei der Verhandlung im Oktober 2013 an, er habe die zivilen Polizisten für Einbrecher gehalten, zudem leide er unter einem Kriegstrauma. Das Bezirksgericht glaubte ihm noch und sprach ihn frei. Doch das Obergericht kippte das Urteil und verhängte wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte sechs Monate Gefängnis, umgewandelt in 720 Stunden gemeinnützige Arbeit. Der Afrikaner akzeptierte das nicht und zog es mit erheblichen Kosten bis vor Bundesgericht – vergeblich.

Im Jahr 2014 musste er somit

laut «Weltwoche» erstmals in der Schweiz einer Arbeit nachgehen – in einer sozialen Institution in der Stadt Zürich. Diese brach er jedoch vorzeitig ab. Das Amt für Justizvollzug gestattete ihm einen siebenwöchigen Unterbruch, damit er seine Mutter im Heimatland besuchen konnte.

Weil die Ehefrau des Afrikaners inzwischen ihr siebtes Kind geboren hat, dürfte die Familie mittlerweile über 7000 Franken Sozialhilfe pro Monat beziehen. Diese Berechnung der «Weltwoche» basiert auf den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Bezahlt wird dies noch durch den Bund – nach sieben Jahren folgt der Kanton, nach zehn Jahren die Gemeinde.

Quelle Weltwoche

Die vorgeschlagene Umsetzungsgesetzgebung zur Ausschaffungs-Initiative macht solche Fehlurteile weiterhin möglich. Einzig die Durchsetzungs-Initiative würde hier zwingend zu einem Landesverweis führen!

Für Ehe und Familien – gegen die Heiratsstrafe

Zur Abschaffung der Heiratsstrafe



Ehepaare werden heute höher besteuert als im Konkubinats lebende Paare. Eine Ungerechtigkeit, welche die traditionelle Ehe schwächt.

Klar, dass die SVP darum die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» unterstützt. Durch eine Annahme würde niemand schlechter gestellt, dafür würden aber die Steuern für Ehepaare sinken. Der Nationalrat sieht es leider etwas anders. So hat das Parlament an seiner Sitzung beschlossen, die Initiative abzulehnen. Nur die SVP und CVP haben sich für die

Abschaffung der Heiratsstrafe ausgesprochen. Nicht nur bei den Steuern, sondern auch bei den Sozialversicherungen ist ein Ehepaar massiv benachteiligt. Verheiratete Paare erhalten eine AHV-Maximalrente die tiefer ausfällt, als jene von unverheirateten Paare. Statt einer doppelten Rente erhält ein Ehepaar nur gerade 150 Prozent. Um mit Unverheirateten in der Pension gleichgestellt zu sein, müsste sich Herr und Frau Schweizer scheiden lassen. **Am 28. Februar 2016 darf das Stimmvolk über diese Volksinitiative abstimmen.**

Nein zur Volksinitiative – Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln

Mit einem Ja, haben Sie den Welthunger noch lange nicht bekämpft

Die Volksinitiative der JUSO «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» verlangt ein Verbot für Banken, Vermögensverwalter oder Versicherungen, in Finanzinstrumente zu investieren, die sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Ausserdem soll sich der Bund dafür einsetzen, dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln weltweit wirksam bekämpft wird.

Die Initiative beruht sich auf falschen Annahmen. Steigende Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe haben sehr unterschiedliche Ursachen. Klimatische Unsicherheiten und daraus resultierende Veränderungen in den Produktionsgebieten, Änderungen der Ernährungsgewohnheiten, die erhebliche Zunahme der Bevölkerung in den Schwellenländern, sowie die zunehmende

Verknappung von Anbauflächen sind die Hauptursachen der stark schwankenden Rohstoffpreise. Die Initiative mit einer Verfassungsänderung in der Schweiz ist kein taugliches Mittel, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Hingegen müsste man mit negativen Folgen in der Schweiz rechnen, weil die Initiative direkt jene Akteure attackiert, welche im internationalen Handel im Agrarbereich etabliert sind. Der Verlust von Arbeitsplätzen bei den weltweit tätigen Handelsfirmen sowie sinkende Steuereinnahmen in der Schweiz wären die Folge.

Die Volksinitiative verschlechtert die Rechtssicherheit und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie wäre ein weiteres schädliches Signal für den Wirtschaftsstandort Schweiz.



Am 28. Februar stimmt die Luzerner Bevölkerung über die SVP-Initiative «Für eine bürgernehe Asylpolitik» ab.

Das Asylwesen hat eine Dynamik angenommen, welche Luzern so noch nie erlebt hat. Luzern muss 4,9 Prozent der Asylsuchenden in unserem Land übernehmen. Diese Asyl-Lasten werden sich nicht von selbst in Luft auflösen, sondern durch eine Gewohnheitspolitik von Bund und Kanton in die Höhe schiessen.

Es ist an der Zeit das die Asylprobleme im Kanton Luzern nicht mehr schön geredet werden. Über 4000 Asylbewerber wurden im 2015 im Kanton Luzern zugewiesen. Das entspricht einer mittelgrossen Luzerner Gemeinde. Gemeinden haben dabei keine demokratischen Mitbestimmungsrechte mehr. Unlängst wurden in Ruswil hinter dem Rücken der Bevölkerung Vereinbarungen für die Aufnahme von über 100 Asylbewerbern abgeschlossen. Weit

über der vom Kanton geforderten Quote. Der Einzug erfolgt in wenigen Tagen. Es ist nur eine Frage der Zeit werden die finanziellen Folgen unsere Gemeinden massiv zu spüren bekommen. Niemand mehr fragt ob die aufgenommenen Personen wirklich an Leib und Leben bedroht sind. Die Initiative für eine bürgernehe Asylpolitik der SVP des Kantons Luzern will hier Abhilfe schaffen. Mit der Annahme werden die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Gemeinden gestärkt. Die Gemeinden werden finanziell entlastet. Zudem können renitente oder delinquente Asylbewerber durch die Gemeinden abgewiesen werden an spezielle dafür eingerichtete Zentren. Legen Sie deshalb ein beherztes JA in die Urne. Es ist Zeit das wir handeln.

SVP Kanton Luzern

JA zur SVP-Initiative für eine bürgernehe Asylpolitik.

Volksinitiative «Für eine bürgernehe Asylpolitik»

Seit der Lancierung der Initiative 2012 hat sich die Asylsituation dramatisch verschärft. Kriegerische Ereignisse haben einen Süd-Nord Exodus ausgelöst, der seine tieferen Ursachen im wirtschaftlichen Gefälle von Europa zu den Fluchtstaaten hat und nun die grösste Süd-Nord Völkerwanderung darstellt, die Europa in seiner Geschichte je erleben musste. Angesichts der unkontrollierten Einwanderung von Millionen stehen Europa und die Schweiz kaum vorbereitet und ratlos da. Diese fremden Menschen wollen nicht mehr zurückkehren und werden unsere Lebensumstände kurz bis mittelfristig nachhaltig verändern! Doch die Asylpolitik ist Sache des

Bundes und der Kanton ist Befehlsempfänger, d.h. er muss die Asylanten auf Grund eines aufgeprägten Verteilschlüssels übernehmen. Im Prinzip gibt er die Aufgabe nach einer willkürlichen Aufteilung einfach an die Gemeinden weiter und die sind dann zum Handeln, d.h. zur Einquartierung, Betreuung und Integration verpflichtet, ohne dass sie kaum Substantielles dazu zu sagen hätten. Der Kanton kann sogar Bussen verhängen für säumige Gemeinden, die in die Millionen gehen können!

Zusammen mit den langfristigen Kosten (10 Jahre übernimmt der Kanton via Bund die direkten Kosten) kann das für verschiedene

Gemeinden zu happigen Steuererhöhungen führen. Die langfristigen Kosten für Sozialhilfe (bei den Erträgern bis zu 95%) Schulgelder, KESP-Verfügungen und externe Ausbildungsbeiträge blei-

nisiert ist, beissen die Letzten, also die Gemeinden und deren Bewohner sozusagen die Hunde, und deshalb will da unsere Initiative klare Verhältnisse schaffen. Die organisatorisch klar geforderte Vereini-



«Die langfristigen Kosten bleiben voll an den Gemeinden und damit an den Steuerzahler hängen. Dies führt zwangsläufig zu Steuererhöhungen in vielen Gemeinden!»

Rätö Camenisch, Kantonratsrat

ben voll an den Gemeinden und damit an uns Steuerzahlern hängen! Da das Asylwesen also konsequent von oben nach unten orga-

gung aller Verwaltungsvorgänge im Kanton wollen wir in eine Hand, nämlich in die des Sozialdirektors legen, das stärkt die Aktionskraft,

verkürzt die Befehlswege und es sollten keine Reibungsverluste zwischen den Departementen mehr entstehen. Wir wollten ursprünglich auch dem Kanton die Möglichkeit geben, ausserhalb der Bauzonen temporäre Container-Siedlungen aufzustellen, doch die von diesem erzwungene bundesgerichtliche Klärung hat eine „weiche“ Auslegung des Raumplanungsgesetzes verunmöglicht und es ist erheiternd, wenn nun die Regierung in Bern eine Ausnahme gerade für diese Gesetzesbestim-

Die Gemeinden können die Asyl-Lasten nicht mehr tragen!



«Die Gemeinden müssen entlastet werden!»

Fredy Winiger, Kantonrat und Gemeinderat



«Diese Initiative klärt die Verantwortung und vermeidet weitere Mehrbelastungen in den Gemeinden!»

Oliver Imfeld, Vize Präsident SVP Kanton Luzern

mung zu erreichen versucht! Die Initiative will die Bürger mehr vor kriminellen Übergriffen schützen und was ganz wichtig ist, die Gemeinden verpflichten ihre Entscheide im Asylwesen demokratisch zu legitimieren in welcher Form ein Gemeinwesen diese dann auch für sich wählt. Wir denken auch, dass Asylbewerber baldmöglichst nach Hause gehen können sollten und wollen sie deshalb bis zum Asyl- und Aufenthaltsstatusentscheid nur in Asylzentren (z.B. bei Kindern in Ausbildung) mehr als ein Jahr lassen, während wir in den Dörfern eine Rotation nach mindestens einem Jahr vorsehen, um diese nicht per Gewohnheitsrecht respektiv emotionaler Bindung un-reparierbar zu machen. Die Initiative ist dringender denn je nötig, um die Rechte der Gemeinden und deren Einwohner zu stärken und durch Bezahlen sämtlicher Kosten aus einem kantonalen Konto die wahren Aufwendungen im Asylwesen in allen Facetten endlich sauber auf dem Tisch zu haben! Das Überrennen Europas und damit auch des Kantons Luzern wird unser Leben noch genug beeinflussen! Kämpfen wir engagiert um nicht Fremde zu werden im eigenen Land. Die Ängste und Bedenken des politischen Establishments gegen diese Initiative sind vordergründig und bestärken den Glauben an deren Notwendigkeit!

- a) Bei der Unterbringung von Asylsuchenden in einer Gemeinde muss der Sicherheitsaspekt klar geregelt sein. Auf die Anliegen der Bevölkerung muss Rücksicht genommen werden.
- b) Aufenthalte von mehr als einem Jahr in einer Gemeinde sind nur für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene möglich. So soll verhindert werden, dass Asylsuchende, denen ja nur solange Asyl gewährt werden soll, wie sie in ihren Heimatländern an Leib und Leben bedroht sind, in einer Gemeinde «Wurzeln schlagen» und allenfalls hohe Sozialkosten generieren. Wenn gewährleistet ist, dass nur auf die Gemeinden verteilt wird, wer nachweislich verfolgt oder wegen fehlender Zumutbarkeit nicht zurückgeschafft werden kann, steigt die Akzeptanz in der Bevölkerung.
- c) Die Gemeinden erhalten das lang ersehnte Recht, delinquente und renitente Asylbewerber und solche mit abgelehnten Gesuchen an den Kanton zurückzuweisen.
- d) Um die Unterbringung von Asylbewerbern sauber abzustützen, sollen die Gemeinden selber festlegen können, mit welchem demokratischen Mitbestimmungsrecht (Gemeindeversammlung, Volksabstimmung, fakultatives Referendum, Parlamentsbeschluss usw.) sie die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger sichern.

Im Weiteren strebt die Asylinitiative eine finanzielle Entlastung der Luzerner Gemeinden an. Diese sind von sämtlichen für Asylsuchende oder Flüchtlinge anfallenden Ausgaben, die ihnen heute nach mehr als zehn Jahren aufgebürdet werden, zu befreien. Diese Ausgaben fallen teils in Millionenhöhe aus (darunter Schulgeld, Sozialhilfe etc.). Die Gemeinden haben zum

Teil Hunderttausende von Franken für einzelne Familien zu stemmen, die seit vielen Jahren hier leben und keine Anstalten machen, sich durch wirkliche Integration für eine Arbeitsfähigkeit fit zu trimmen. Um die horrenden Kosten transparent zu machen und den Druck auf den Kanton zu erhöhen, sind diese Kosten neu vom Kanton zu tragen. Nutzen wir die einmalige Chance,

Ordnung im Asylwesen des Kantons Luzern zu schaffen! Die Art und Weise, wie die Kantonsbehörden alles unternommen haben, um die Initiative mit juristischen Mitteln zu hintertreiben, zeigt, dass die Asylinitiative den Nagel auf den Kopf trifft.



«Die Realitäten geben uns Recht! Die Initiative für eine bürgernehe Asylpolitik hilft die Lasten der Gemeinden im Asylwesen zu mildern!»

Franz Grüter, Nationalrat



Stimmen Sie JA zur Volksinitiative «Für eine bürgernehe Asylpolitik»

Interview mit Guido Müller über die Wichtigkeit dieser Abstimmung

Dir scheint diese Abstimmung bürgernehe Asylpolitik wichtig zu sein. Alle reden davon, dass wir kein Asylchaos haben. Wieso also diese Initiative?

Wer mit offenen Augen durchs Leben geht wird täglich mit Bildern und Berichten zur aktuellen Völkerwanderung unter dem Begriff Asyl konfrontiert. Asylsuchende gehören mittlerweile zum Alltag von uns allen. Wir Schweizer sind, unserer humanitären Tradition folgend bereit, Menschen die an Leib und Leben bedroht sind, Zuflucht und Unterstützung zu gewähren. Millionen von Menschen sind auf einer Völkerwanderung und versuchen verständlicherweise in einem europäischen Land als «Wirtschafts-Flüchtlinge» ihre Lebenssituation zu verbessern. Angela Merkel lud sie nach Deutschland ein und nun verteilen sie sich in ganz Europa, so auch in der Schweiz. Die SVP-Initiative bietet Lösungsansätze zur Bewältigung dieser täglich zunehmenden Herkulesaufgabe, und will die bewährte Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden unterstützen.

Red. Diese Initiative hat ein primäres Ziel, Ordnung in das Luzerner Asylwesen zu schaffen. Ist es mit der Annahme dieser Initiative getan?

Die Initiative sorgt für klarere Verhältnisse und trägt dazu bei, dass die künftige Asylpolitik im Kanton

«Der Bund ist zuständig für die Erstaufnahme und Triage der «Zuwanderer», das heisst, wer keinen Flüchtlingsstatus bekommen wird, muss abgewiesen werden.»

Luzern nicht primär auf Kosten der Gemeinden organisiert wird. Aktuell ist es so, dass die large, zuwanderungsfördernde Asylpolitik des Bundes die Probleme an die Kantone abschiebt. Da der Kanton über zuwenig Unterkunftsmöglichkeiten verfügt, verschiebt er die Probleme weiter ab an die Gemeinden, ganz nach dem Motto wer nicht pariert wird bestraft und muss zahlen.

Wie bei allen vom Volk angenommenen Initiativen, beginnt die Arbeit der Politik und auch der Verwaltung nach dem Abstimmungstermin mit der Umsetzung des Volkswillens und somit der bisher vorgegebenen Aufgabenteilung. Der Bund ist zuständig für die Erstaufnahme und Triage der «Zuwanderer», das heisst, wer keinen Flüchtlingsstatus bekommen wird, muss abgewiesen werden und nicht einfach an die Kantone weitergereicht werden. Der Kanton ist zuständig für die Unterbringung von Asylberechtig-

tigten die noch in einem Verfahren stecken. Die Gemeinden sind dann letztlich zuständig für die «echten» Flüchtlinge die an Leib und Leben bedroht sind.

Red. Gehen wir doch die verschiedenen Punkte durch. Der Kanton soll für die Unterbringung der Asylbewerber alleine zuständig sein. Wie soll das funktionieren. Ich kenne keine Gemeinde, die freiwillig Asylanten aufnimmt.

Gemeinden die Asylanten aufnehmen gibt es sowieso nicht, es sind die Politiker und leider zunehmend die Verwaltungsmitarbeitenden in den Gemeinden, die entscheiden, ob Asylbewerber aufgenommen werden.

Unser bisher bewährtes System sieht vor, dass die Gemeinden eben nicht für die Unterbringung von Asylanten zuständig sind, sondern für die Beherbergung von Flüchtlingen. Das war in der Ungarn- und Tschechoslowakei-Krise und beim Krieg im Balkan schon so.

Red. Für das Asylwesen soll das Gesundheits- und Sozialdepartement zuständig sein. Bekanntlich also das linke Lager. Sind die nicht jetzt schon überfordert.

Aus Kosten- und Effizienzgründen ist es angebracht, auch im Asylwesen über ein qualifiziertes System und kurze Entscheidungswege zu verfügen. Darum ist der Entscheid von RR Graf zu begrüßen, der diese Aufgabe unter verantwortliche Leitung beim Kanton zusammengeführt hat. Dass das GSD nur aus Personen des linken Lagers bestehen soll, ist mir nicht bekannt. Ich kann aber feststellen, dass nach dem Wechsel, weg von der CARITAS, vieles besser und koordinierter läuft. Der linkslastige Einfluss der Sozialindustrie ist kleiner geworden.



«Die Sicherheit der Bevölkerung muss auch in der Asylpolitik gewährleistet sein!»

Yvette Estermann, Nationalrätin



Stimmen Sie JA zur Volksinitiative «Für eine bürgernehe Asylpolitik»



«Die Gemeinden müssen finanziell entlastet und das Mitbestimmungsrecht für das Volk gestärkt werden.»

Willi Knecht, Kantonrat, Landwirt

Red. Du sprichst die Sicherheit der Gemeindebevölkerung an. Ich kenne eine Gemeinde, die die Asylanten direkt neben einer Bank und einem Geldautomaten einquartiert haben. Welche Massnahmen trifft man um die Sicherheit zu gewähren?

Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat sicher erste Priorität und geht vor der Sicherung von Geldautomaten. Zustände, wie sie an Sylvester in deutschen Grossstädten eskalierten, darf es bei uns nicht geben. Darum sind Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen die die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten und einen geregelten und kostengünstigen Betrieb zulassen. Eine zu grosse Konzentration von Asylbewerbern im gleichen Gebiet ist zu vermeiden, darum sollen auch grössere, dezentrale kantonale Anlagen möglich sein.

bleiben und nicht in der jeweiligen Gemeinde sesshaft werden. Sie benötigen keine Einschulung, keine Integration und haben kein Anrecht auf Sozialhilfe. Damit diese Grundsätze nicht unterwandert werden, sollen sie nach einem Jahr den Ort wechseln, oder noch besser wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Red. Ein weiterer wichtiger Punkt das Mitbestimmungsrecht der Gemeinde. Das sollte doch in einem demokratischen Land selbstverständlich sein?

Ja, so ist es. Die Gemeinden können ja keinen Einfluss auf die Herkunft, das Alter, usw. und das Verhalten der ihnen zugewiesenen Personen nehmen. Darum muss es möglich sein, dass renitente oder

kriminelle Asylsuchende wieder in die Betreuung durch den Kanton übergeben werden können. Die Gemeinden haben weder den Auftrag, noch die Kapazitäten, sich mit solchen Sonderfällen auseinander zu setzen.

Red. Wir kommen zu den Kosten. Die Gemeinden sind finanziell am Anschlag. Der Kanton Luzern spricht von Sparmassnahmen. Wer soll die horrenden Kosten den übernehmen. Wo ist da überhaupt der Anreiz für die Gemeinden gegeben?

Im Asyl- und Flüchtlingswesen ist das Wort Sparmassnahmen in der aktuellen Situation sicher ein Fremdwort. Die Kosten explodieren. Die Gemeinden sollen sich auf die ihnen zugedachte Aufgabe der Integration von an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen konzentrieren können. Für Asylsuchende dürfen weder Gelder der Gemeinden noch des Kantons eingesetzt werden, da der Bund für diese Aufgabe vorgesehen ist und er der primäre Entscheidungsträger ist. Die Verfahren sind auf Bundesebene

nicht nur zu beschleunigen in dem man die Asylsuchenden einfach an die Kantone weiterreicht, sondern schnell und abschliessend zu erledigen. Asylsuchende die in einem Schengen/Dublin-Land schon einen Antrag gestellt haben, sind umgehend an diese Länder zurück zu führen. Wirtschaftsflüchtlinge sind in ihr Herkunftsland zurück zu schaffen. Die dann verbleibende Anzahl echter Flüchtlinge muss für einen Staat wie die Schweiz verkraftbar sein.

Der Anreiz für die Gemeinden soll also primär darin liegen, an Leib und Leben bedrohten Personen eine schnelle Integration zu ermöglichen. Damit soll diesen ermöglicht werden in Zukunft selber für sich zu sorgen und nicht der Allgemeinheit als Sozialhilfe-Empfänger zur Last zu fallen.

Als einzige Sparmassnahme sehe ich die Möglichkeit wenn Illegale, die sogenannten Sans-papiers, ausgeschafft werden. Damit entlasten sie nicht nur unsere Finanzen sondern auch unser humanitäres System.

Red. Der wichtigste Punkt ist wohl die Frist von einem Jahr. Die Asylanten müssen nach einem Jahr weiterziehen. Wieso?

Nicht-Flüchtlinge, und das sind Asylanten, sollen rückkehrfähig



Asylsuchende haben mehr Rechte als wir!?

Christian Graber, Kantonrat, selbständiger Auto-Garagier



Asyl-Lasten erdrücken Luzerner Gemeinden!

JA zur kantonalen Volksinitiative

«Für eine bürgernehe Asylpolitik»



www.svplu.ch
PC-Konto: 60-29956-1

Stimmen Sie **JA** zur Volksinitiative «Für eine bürgernehe Asylpolitik»



Sicherheit auf der Strasse – zweite Gotthardröhre, damit unsere Sonnenstube nicht in Vergessenheit gerät

Mehr Sicherheit, keine Isolierung des Tessins, nachhaltigere Investition: Die Befürworter der zweiten Gotthardröhre gehen mit den bekannten Argumenten in den Abstimmungskampf.

Verschiedene Politiker aus unterschiedlichen Lagern rührten die Werbetrommel für «einen sicheren Gotthard für die ganze Schweiz». Der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime machte gleich zu Beginn klar, dass die vom Bundesrat und Parlament beschlossene Sanierungslösung, die mit Abstand beste sei.

Quantensprung an Sicherheit

Der Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv) hob wie Verkehrsministerin Doris Leuthard die Wichtigkeit einer zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Verkehrssicherheit her-

vor. Ein Ja für den zweiten Tunnel bringe wegen der richtungsgetrennten Fahrspuren einen Quantensprung an Sicherheit, sagte der Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner.

Sicherheit und Solidarität

Die Argumente der Tunnelgegner wurden vom Ja-Komitee zum wiederholten Male zerpfückt. Die Alternativen für eine Sanierung seien völlig ungenügend, zu teuer und in keiner Weise nachhaltig, sagte Rime.

Dann wären auch andere Kantone, insbesondere in der Romandie, von vermehrten Staus betroffen. Ohne zweite Röhre würde

zudem die sichere Handelsverbindung zwischen dem Tessin und der Restschweiz gekappt, sagte Rime. «Für die Unternehmen und für den Handel wäre das ein unverzeihlicher Fehler.» Die zwei Vertreter des Kantons Tessin, Lombardi und die ehemalige SP-Regierungsrätin Patrizia Pesenti, unterstrichen die Wichtigkeit einer permanenten Strassentunnelverbindung für den nationalen Zusammenhalt.

Ungenügende Alternativen

Die Vorschläge der Tunnelgegner, die Totalsperrung mit einer rollenden Landstrasse (RoLa) zu überbrücken, seien keine Option, sagte Lombardi. Die Kantone Uri und Tessin seien gegen den Bau von Verladestationen auf ihrem Territorium. «Eine längere Variante von Grenze zu Grenze würde deutlich mehr kosten als der Bau eines Sanierungstunnels.»

«Würde der Tunnel während der Sanierung gesperrt, müsste der Verkehr über gefährliche Umwege über die Alpenpässe im Graubünden und im Wallis ausweichen.»

Die Tessiner Regierung, sowie SVP, FDP, CVP und BDP sagen klar Ja zu einer zweiten Röhre. Am 28. Februar stimmt das Schweizer Volk darüber ab.



Zisternen-
und Holztransporte



Mättelguetstrasse 58
CH-6105 Schachen/LU

Telefon 041 497 43 22
Mobile 079 642 98 80

E-Mail otto.husmann@bluewin.ch
Fax 041 497 43 28

KANTON LUZERN

Neugründung Ortspartei Aesch vom 11.12.2015

Feierlich wurde am Freitag, den 11. Dezember 2015, die SVP Ortspartei Aesch LU gegründet. An der gut besuchten Gründungsversammlung wurden die Statuten der Ortspartei genehmigt und sogleich der erste Vorstand bestellt.

In das Amt des Präsidenten wurde Raimund Wenger, als Aktuar Richard Rohrer gewählt. Die beiden haben in Aesch die Initiative der Kantonalpartei aufgegriffen und die Gründung der SVP Ortspartei zusammen mit Oliver Imfeld und Fredy Winiger vorangetrieben. Komplettiert wird der Vorstand durch Olivia Sandmeier, die als Kassierin gewählt wurde. Als Rechnungsrevisor konnte Bruno Häberli gewonnen werden. Die neue Ortspartei zählt per Gründungsdatum bereits 15 Mitglieder und freut sich über weiteren Mitgliederzuwachs.

Die Hauptmotivation zur Gründung der SVP Ortspartei lieferten die nationalen Wahlen 2015. Rund 38% der Listenstimmen gingen in Aesch an die SVP. Die SVP-Wähler machen damit in Aesch den

grössten Wähleranteil aus. Diese erfreulich grosse Basis soll nun direkt vor Ort abgeholt und betreut werden.

Mit der Gründung der SVP Ortspartei Aesch LU kommt die SVP Luzern ihrem Ziel, in sämtlichen 83 Gemeinden des Kantons mit einer Ortspartei aktiv vertreten zu sein, ein grosses Stück näher. Welche Bedeutung die Parteileitung diesem Ziel beimisst, zeigte die Liste der offiziellen SVP Vertreter, die der Gründungsversammlung beiwohnten. Allen voran lässt es sich Nationalrat und SVP Kantonalpräsident Franz Grüter nicht nehmen, persönlich nach Aesch zu kommen, um seine Grussworte an die versammelten Mitglieder zu richten. Auch Oliver Imfeld, Vize-Präsident der SVP Luzern und Fredy Winiger, Wahlkreispräsident Amt Hochdorf, welche beide die Grün-



«Wir haben in der Stube von Ortsparteipräsident Raimund Wenger ein weiteres Kind geboren.»

Amtsparteipräsident Fredy Winiger zur Neugründung

dungsvorbereitungen bereits sehr aktiv unterstützten, waren vor Ort präsent. In ihren Ansprachen wiesen die Vorstandsmitglieder der SVP Luzern darauf hin, wie enorm

wichtig die Arbeit an der Basis sei. Es sind die Ortsparteien, welche das Fundament der SVP Schweiz darstellen.

SVP Luzern

Gründung der SVP-Ortspartei Zell

Am 19. Januar 2016 wurde im Mehrzweckraum die Ortspartei Zell gegründet. Zahlreiche Kantonsräte wie Toni Graber, Christian Graber, Robi Arnold und Willi Knecht sowie Nationalrat und Kantonalpräsident Franz Grüter nahmen gemeinsam mit vielen Besuchern an dieser Veranstaltung teil.

So eröffnete der künftige Ortsparteipräsident Andy Wandeler den Anlass mit den Worten «zuerst ging nichts – dann ging alles schnell». Gemeinsam mit den beiden Vize Präsidenten Oliver Imfeld (Kanton) und Willi Knecht (Amt Willisau) wurde im Vorfeld der Gründung viel Arbeit in kürzester Zeit geleistet.

Amtspartei-Präsident Wahlkreis Willisau Robi Arnold begrüsst in seiner Rede ebenfalls die Anwesenden und freute sich über den interessierten Nachwuchs. «da soll noch einer sagen, im Hinterland gäbe es keine politische Zukunft». Nach der Statutenbeglaubigung stellte Ortsparteipräsident Wande-

ler Beat Brunner als Aktuar, Arno Häfliger als Kassier sowie Markus Häfliger als Revisor vor. Eine junge schlagfertige Truppe die es im Blut hat, meint Willi Knecht.

In der Ansprache von Nationalrat Franz Grüter betont er, dass diese Gründung ein starkes Zeichen für das Hinterland bedeute. Die Nationalratswahlen waren Vertrauenswahlen, die wir als schaffende Partei gewonnen haben. Es sei eine Frage der Zeit, wann wir im Amt Willisau zur stärksten Partei werden, so Grüter weiter.

Eine Schwäche habe die SVP aber noch immer. Im Gemeinderat ist die SVP im ganzen Kanton faktisch nicht oder nur sehr spärlich



«Da soll noch einer sagen, im Hinterland gäbe es keine politische Zukunft.»

Amtsparteipräsident Robi Arnold zur Neugründung

vertreten. Ortspartei-Gründungen seien ein wichtiger Schritt, um dies zu ändern. Am Ende des Abends verzeichnet die Ortspartei bereits

über 19 Mitglieder. Die Parteileitung von Kanton und Amt gratuliert herzlichst.

Vorstand SVP Wahlkreis Willisau

«AUF EIN BIER, MIT DIR»

– heute mit Yvette Estermann

Warum sind wir gerade hier in diesem Lokal?

Die Zeit ist zu kostbar, um sie in schlechten Lokalen zu verbringen. Hier im Restaurant Obernau treffe ich immer tolle Menschen aus der Umgebung.

Man kennt Dich als Bierliebhaberin. Hat dies mit Deinen Wurzeln zu tun und gibt es ein Bier, welches Dir besonders schmeckt?

Ja, Slowaken trinken viel Bier. Speziell in Luzern geniesse ich eine reiche Auswahl. In Bern wiederum trinke ich gerne ein Gurten-Bier. Aber auch ein Appenzeller ist toll. Und wenn mich die Nostalgie packt, dann bevorzuge ich ein BUDWEISER aus der ehemaligen CSSR.

Du giltst als fleissigste Parlamentarierin in Bundesbern. Kommst Du überhaupt dazu, auch mal abzuschalten und wohin ziehst Du Dich am liebsten zurück?

Bundesbern hat viele schöne Plätze. Besonders gerne spa-

ziere ich bei Gelegenheit der Aare entlang.

Für was gibst Du gerne Geld aus – Essen, Kosmetika, Geschenke?

Ich koche und esse gern. Es ist schön, wenn ich meine Familie und Freunde einladen kann. Für eine Frau gebe ich ungewöhnlich viel Geld aus, um mein altes Auto instand zu halten. Ich bin ein wahrer Oldtimer-Freak!

Paul Winiker wollte in der letzten Ausgabe des Kuriers von Dir wissen, wie viele Alphorn-Lektionen Du bereits absolviert hast. Bist Du immer noch fleissig am Üben und welches ist Dein Paradestück auf dem Alphorn?

Leider bin ich noch nicht so weit, dass ich ganze Stücke auf dem Alphorn spielen kann. Fürs Üben fehlt mir aktuell auch ein wenig die Zeit. Es gelingt mir aber, dem Alphorn einige Töne zu entlocken. Und damit ich künftig auch zuhause üben kann, bin ich weiterhin auf der Suche nach einer Occasion.

Man kennt Dich als Frau, die sich gerne in der Tracht zeigt. Wie viele Trachten besitzt Du und handelt es sich dabei um Massanfertigungen?

Schön wäre es natürlich, mehrere Trachten zu besitzen. Ich hatte grosses Glück, als ich vor 10 Jahren in den Besitz «meiner» Luzerner Sonntagstracht kam. Sie ist heute über 80 Jahre alt. Ein wenig musste ich sie auf meine Körpergrösse anpassen lassen. Es ist ein Prachtstück, jedoch bisher mein einziges.

Wen sollen wir als nächstes befragen und warum gerade diese Person?

In Luzern kandidiert Grossstadtrat und Präsident der Stadtpartei, Peter With für den Stadtrat. Es wäre super, etwas mehr über ihn zu erfahren.

Das Interview wurde von Stefan Locher geführt.





**KV Latten,
Brettschichtholz,
Ein- und Mehr-Schichtenplatten,
Hobelwaren,
Bauholz ...**

Sidler Holz – Produkte aus CH-Holz mit kurzen Beschaffungswegen sichern den Arbeitsplatz CH.


SIDLER

Abt. Holzindustrie Postfach, 6207 Nottwil
 Telefon 041 937 11 44 Fax 041 937 20 44
 info@sidler-nottwil.ch **www.sidler-nottwil.ch**

HERAUSGEPICKT



Gebetsräume und Fahrstunden

In verschiedensten Schulhäuser im Kanton Luzern werden seit neustem Gebetsräume für Muslime eingerichtet. Brisant darum, da jüngst über Weihnachtslieder in den Klassenzimmer, Verbot von Edelweisshemden und das Entfernen von Kruzifixen diskutiert wurde. Im Kanton Schwyz wurden zwei Migranten die Auto-Fahrstun-

den bezahlt, um ihnen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Meine Tochter lernt gerade Auto fahren. Schade; sie ist Schweizerin und muss mit dem Zug zur Arbeit fahren.

Wann werden wir Fremde im eigenen Land. Oder sind wir es bereits?

Vorankündigung
Gemeinderatswahlen

Wahlen
am
1. Mai 2016

Die SVP Kanton Luzern ist seit den letzten Nationalratswahlen die wählerstärkste Partei. Im Ständerat ist sie aber nach wie vor nicht vertreten.



Trotz teilweise höchsten Wähleranteilen, sind von 83 Gemeinden lediglich grad mal 24 mit mindestens einem SVP Gemeinderat vertreten. Bürgerinnen und Bürger pflegen mehrheitlich SVP-Gedankengut. Solange jedoch die SVP nicht im Gemeinderat vertreten ist, werden andere Parteien tun und las-

sen können was sie wollen. Eine Korrektur und Richtungswechsel in den Gemeinderäten ist also notwendig. Am 1. Mai 2016 haben wir die Chance diesen Missstand zu ändern. Der nächste SVP-Kurier widmet sich darum hauptsächlich um die Gemeinderatswahlen.

Redaktion

Bei Familie Kunz, Schlössli, Grosswangen
Samstag 27. Februar 2016, 11.00 Uhr – 24.00 Uhr



Raclette-Plausch
Neu: im Stöckli

Freundlichst lädt ein:
SVP Landwirtschaftskommission Kanton Luzern



An die Gemeinderatskandidaten:



Bitte senden Sie
schnellstmöglich
Ihre Unterlagen an:
kurier@svp-lu.ch

- Portraitfoto
- Angaben über Ihre Person
- kurzes Motivations-schreiben

Der nächste
SVP-Kurier ist
Ihnen gewidmet !

KALENDER

Februar 2016

19. Feb.	Fraktionssitzung
20. Feb.	SVP-Jasscup in Seedorf (UR)
27. Feb.	Raclette-Plausch Landwirtschaftskommission Kanton Luzern, Fam. Kunz, Grosswangen
28. Feb.	Eidg. und kant. Abstimmungen
29. Feb.	Session National- und Ständerat

März 2016

5. März	Informationsmorgen für bestehende und neue Gemeinderatskandidaten
7. März	Eingabeschluss Wahlvorschläge Neuwahlen Gemeindebehörden
7. März	Redaktionsschluss SVP-Kurier (Gemeinderatswahlen)
14. März	Session Kantonsrat
23. März	Session Kantonsrat



Asyl-Lasten erdrücken Luzerner Gemeinden!

JA zur kantonalen Volksinitiative

«Für eine bürgernahe Asylpolitik»

www.svplu.ch
PC-Konto: 60-29956-1



Zum Andenken an

Dr. med. Hans-Ulrich (James) Bühler

Liebe SVP Freunde

Am 4. Januar 2016 ist Dr. med. Hans-Ulrich «James» Bühler in Luzern verstorben. James Bühler war anfangs der 90er Jahre Gründungsmitglied der SVP Luzern. Er war Mitglied des ersten Kantonalvorstandes der SVP Kanton Luzern und präsidierte die Stadtpartei. Als praktizierender Allgemeinmediziner schätzte man James über weite Kreise als profilierten Gesundheitspolitiker. 1995 trat er mit der Gründungsgarde für die Luzerner Wahlen an. Als erster Regierungsratskandidat für den Kanton Luzern verdiente er sich im Wahlkampf grössten Respekt. Für den Grossrat wurde James zwei Mal gewählt. Im Jahr 2000 kandidierte der grossartige Politiker für den Nationalrat, und verhalf der SVP damit einen zweiten Sitz zu gewinnen. An die kollegiale und humorvolle Art von James erinnere ich mich nur zu gerne. Für sein Engagement und seine Verdienste zu Gunsten der SVP Luzern sind wir ihm zu grossem Dank verpflichtet.

Seiner Familie entbieten wir unsere tiefe Anteilnahme.

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

- ☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteiunterlagen zu.
- ☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.
- ☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname _____ Name _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Geb.-Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei des Kantons Luzern SVP,
Postfach 12, 6276 Hohenrain oder per Fax an 041 250 67 66 oder Internet: www.svplu.ch
Spenden auf PC-Konto 60-29956-1

